

Antwort auf die Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Familienzentren e.V.

I. Qualität in der frühkindlichen Bildung

1) Wie möchte Bündnis 90/Die Grünen die Qualität in der Kindertagespflege in der kommenden Legislatur sichern bzw. verbessern?

Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege im Kita-Gesetz endlich gesetzlich regeln.

2) Wie möchte Ihre Partei bei einer Regierungsbeteiligung den weiteren bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen (U3 und Ü3) in Niedersachsen fördern?

Die rot-grüne Landesregierung hat dafür gesorgt, dass in der zu Ende gehenden Wahlperiode die Zahl der Kinderbetreuungsplätze deutlich gestiegen ist. Insbesondere die Zahl für die die Unter-3-Jährigen ist um ca. 40% angestiegen. Dafür hat das Land 27 Mio. Euro bereitgestellt. Diese Unterstützung wollen wir fortsetzen. Deshalb haben wir uns auch dafür eingesetzt, die Förderhöhe pro Platz weiter bei 12.500 Euro zu belassen und hier die Kommunen nicht durch eine Absenkung in ihrer Planungssicherheit zu stören.

3) Was planen Sie bei einer Regierungsbeteiligung, um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im Ü3-Bereich in Niedersachsen weiter voranzutreiben?

Wir setzen uns dafür ein, eine Drittkraft auch in den Kindergartengruppen für die Über-3-Jährigen schrittweise im Kita-Gesetz zu verankern. Auch wollen wir die Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten darüber hinaus durch Verfügungs- und Teamzeiten verbessern.

4) Niedersachsen hat direkt nach der Hansestadt Hamburg den zweitschlechtesten Personalschlüssel im U3-Bereich der westdeutschen Länder. Wie möchten sie die Fachkraft-Kind-Relation insgesamt und speziell im U3-Bereich in der kommenden Legislatur optimieren, um die Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich in Niedersachsen weiter zu verbessern?

Die rot-grüne Landesregierung hat bereits damit begonnen, die Drittkraft in den Krippengruppen zu finanzieren. Insofern ist die Aussage, dass Niedersachsen den zweitschlechtesten Platz beim Krippen-Personalschlüssel habe, überholt. Ab 2020 wird in allen Krippengruppen mit mehr als 10 Plätzen eine Drittkraft gesetzlich vorgeschrieben sein.

5) Der Bundesverband für Familienzentren e.V hält vor allem den Early Excellence-Ansatz und das Sure Start Programm aus England geeignet, um Inklusion in Niedersachsen gelingend umzusetzen. Hier gibt es bereits eine langjährige Erfahrung in der Landeshauptstadt Hannover. Beabsichtigt Ihre Partei eine flächendeckende Umsetzung in Niedersachsen zu fördern?

Der Early Excellence-Ansatz wird von uns seit Jahren unterstützt.

Für die Einrichtung von Familienzentren sind – ebenso wie für die Einrichtung der Kindertagesstätten – zunächst die Kommunen als Jugendhilfeträger zuständig. Das gilt auch für die Familienzentren in Hannover. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land die Kommunen bei der Weiterentwicklung von Kitas zu Familienzentren nach dem Early-Excellence-Ansatz unterstützt.

6) Der Bundesverband der Familienzentren e.V. hat die Erfahrung gemacht, dass Kinder- und Familienzentren oft nur in sog. Brennpunktvierteln oder im städtischen Bereich entstehen. Aber auch Eltern im ländlichen Raum haben Bedarf an Unterstützung und bedarfsgerechten Angeboten. Wie möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur diesem Bedarf gerecht werden?

Wir unterstützen ausdrücklich auch die Einrichtung von Familienzentren im ländlichen Raum und glauben, dass das Land hier unterstützend tätig werden muss. Gerade im ländlichen Raum bieten Familienzentren den Vorteil, als Anlaufpunkt für Familien zu fungieren und damit auch wichtige Infrastruktur gut erreichbar zu sichern.

II. Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

1) Möchte Bündnis 90/Die Grünen Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?

a) Wenn ja, welche personellen und/oder finanziellen Ressourcen wird Ihre Partei auf Landesebene hierfür zur Verfügung stellen?

Ja, wir setzen uns dafür ein, Familienzentren zu unterstützen.

Dafür soll das Land eine Finanzhilfe für zusätzliche Personalkosten übernehmen und Fortbildungsangebote für die Leiter*innen von Kindertagesstätten anbieten, die mit ihren Teams ihre Einrichtung zu einem Familienzentrum weiterentwickeln wollen.

2) Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen für die Qualität und Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung?

Chancen- und Bildungsgerechtigkeit können über eine frühkindliche Betreuung, Erziehung und Bildung befördert werden, besonders wenn die Zusammenarbeit mit den Eltern alltagsnah, niedrigschwellig und integrativ ansetzt. Studien zeigen, wie sehr gerade Kinder sozialschwacher Familien von der Bildungsarbeit in der Kindertagesstätte und erst Recht im Rahmen von Angeboten in Familienzentren profitieren.

3) Bereits in der vergangenen Legislatur war ein Auf- und Ausbau von Familienzentren in Niedersachsen vorgesehen. Möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur den Aus- und Aufbau von Familienzentren fördern? Wenn ja, in welcher Form?

a) Wir haben die Erfahrung gemacht, dass oft die Schnittstellen zwischen den zuständigen Ministerien dazu führen, dass Familienzentren nicht gefördert werden. Möchte Ihre Partei die Zuständigkeiten für Familienzentren in einem Ministerium zusammenführen? Wenn nein, wie plant Bündnis 90/Die Grünen zukünftig diese Schnittstellen im Sinne niedersächsischen Familien besser zu überbrücken?

Es wäre sinnvoll, die Zuständigkeit für Familienzentren und für die Kindertagesstätten im gleichen Ministerium anzusiedeln. Wir erleben auch, dass das Vorankommen von Familienzentren immer wieder an der Zuständigkeitsfrage stockt. Der Zuschnitt der Ministerien hängt jedoch von einer Reihe von Aspekten ab. Denkbar wäre auch, Familienzentren im Rahmen von einer Novellierung des Kindertagesstättengesetzes stärker in ihren Rahmenbedingungen zu verankern.

b) Bundesländer, die Familienzentren oder Eltern-Kind-Zentren fördern, tun dies entweder durch eine strukturelle Förderung, wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg oder durch eine Prozessbegleitung einzelner Einrichtungen, wie in Thüringen und Sachsen. Wie möchte Ihre Partei bei einer Regierungsbeteiligung Familienzentren in Niedersachsen fördern?

Wir glauben, dass es sowohl einer Prozessbegleitung bedarf, zusätzliche Personalkosten gezahlt und auch Fortbildungen angeboten werden sollten. (II, 1, a)

4) Bedarfsgerechte Vernetzung im Sozialraum und ein an die Bedürfnisse der Eltern angepasstes Angebot bedürfen einer Koordination. Werden die Grünen bei einer Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell und/oder finanziell berücksichtigen?

Ja, für den Koordinationsaufwand benötigen die zu Familienzentren weiterentwickelten Kindertagesstätten mehr Verfügungszeit für die Leitung. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land die zusätzlichen Personalkosten bei seiner Finanzhilfe berücksichtigt.

5) Sieht Ihre Partei in der kommenden Legislatur die Notwendigkeit einer Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) oder der ausführenden Landesverordnungen? Wenn ja, in welcher Hinsicht?

Wir setzen uns für eine Novellierung des Kita-Gesetzes ein. Dabei sollen unter anderem die Kindertagespflege, die Inklusion im Bereich der Kindertagesstätten und der Ausbau von Kitas zu Familienzentren gesetzlich verankert werden.

III. Vereinbarkeit Familie und Erwerbsleben:

1) Wie möchte Bündnis 90/Die Grünen die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben sowie Pflege und Erwerbsleben auf Landesebene weiter verbessern?

Wir setzen vor allem auf den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Und wir wollen Eltern dabei unterstützen, ihre Wünsche zu verwirklichen und Arbeitszeit und CARE-Zeiten flexibler zu gestalten ohne hierbei bspw. Rentenansprüche deutlich einzubüßen. Hierfür wollen wir auf Bundesebene die sogenannte „KinderZeit plus“ einführen.

2) Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben aus Sicht der Grünen maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislatur gezielt zu verbessern?

Es liegt vor allem bei der kommunalen Planung, die vom Bundesverband der Familienzentren aufgeführten Faktoren zu verbessern.

Aus unserer Sicht spielen die Erreichbarkeit der Angebote, die Partizipation der Eltern und die Öffnungszeiten eine besondere Rolle, wobei die Öffnungszeiten nicht nur dem Wunsch der Eltern nach Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben entsprechen, sondern sich auch am Kindeswohl orientieren müssen. Deshalb sind Ausweitungsdiskussionen um Öffnungszeiten auch nicht unproblematisch.

3) Wie möchten die Grünen in Niedersachsen interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen bei pädagogischen Fachkräften an Kindertageseinrichtungen und in der Familienbildung unterstützen?

Interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen der pädagogischen Fachkräfte haben eine zunehmende Bedeutung und müssen entsprechend in den Kerncurricula für die Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte verankert werden. Außerdem müssen wir weiterhin durch gezielte Ansprache auch unter den Fachkräften eben diese Diversität herstellen.